

LEISTUNGEN DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN MEDIEN FÜR DEN ZUSAMMENHALT IN DEUTSCHLAND

Erwartungen und Wahrnehmungen der Bevölkerung aus der ARD/ZDF/
Deutschlandradio-Zusammenhaltsstudie 2025

Von Jan-Hinrik Schmidt* und Dieter Storll**

Kurz und knapp

- Die Zusammenhaltsstudie 2025 von ARD, ZDF und Deutschlandradio untersuchte die Zufriedenheit mit der Demokratie, das Erleben von Zusammenhalt in der Gesellschaft und die zusammenhaltsbezogenen Leistungen öffentlich-rechtlicher Medien.
- Drei Viertel der Bevölkerung sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt als gefährdet an. Im eigenen Umfeld erleben die Menschen allerdings ein starkes Gefühl von Zugehörigkeit und Zusammenhalt.
- Die Erwartungen der Menschen an öffentlich-rechtliche Medien beziehen sich auf synchronisierende Funktionen, die Repräsentanz verschiedener Gruppen und den Dialog mit dem Publikum.
- Größtenteils werden die zusammenhaltsbezogenen Leistungen als erfüllt angesehen, jüngere Menschen zeigen noch mehr Zustimmung als die Gesamtbevölkerung. Im Bereich Dialog mit dem Publikum werden etwas geringere Zustimmungswerte erzielt.

Krisen und Kriege verunsichern Bevölke- rung, Polarisierung aber weniger stark als in Debatten beschrieben

In den vergangenen Jahren haben in Deutschland und anderen westlichen Ländern Debatten um gesellschaftliche Polarisierung und Fragmentierung an Fahrt aufgenommen. Die Pandemie, Kriege in der Ukraine und Nahost, wachsende soziale Ungleichheit und nicht zuletzt die sichtbar werdenden Anzeichen der Klimakatastrophe verunsichern Menschen und fordern Solidarität und Bürgersinn heraus. Der Zulauf, den populistische und rechtsextreme Bewegungen erfahren, ist sowohl Ausdruck dieser Verunsicherungen als auch selbst Treiber von Konflikten, denn diese Strömungen leben von Spaltung und dem Ausgrenzen vermeintlich „Anderer“.

So verwundert es nicht, dass Befragungen regelmäßig zeigen, wie weit verbreitet die Sorgen über gefährdeten Zusammenhalt und Polarisierung in der Bevölkerung sind.¹ Zugleich lässt sich aber auch erkennen, dass die Einstellungen der Bevölkerung zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen weniger stark polarisiert sind als die öffentlichen Debatten darüber, die sich oft an spezifischen „Triggerpunkten“ entzünden.²

1 So etwa das „Polarisierungsbarometer 2025“ des „Mercator Forum Migration und Demokratie“ (MIDEM). Vgl. Vorländer, Hans/Maik Herold/Felix Hormig/Cyrrill Otteni: Polarisierungsbarometer. Politische Polarisierung in Deutschland 2025; https://forum-midem.de/wp-content/uploads/2025/11/MIDEM_TUD_Polarisierungsbarometer-2025.pdf (abgerufen am 7.4.2026). Auch das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) legt regelmäßig Zusammenhaltsberichte vor, in denen Indikatoren gesellschaftlicher Polarisierung und damit einhergehende Einstellungen der deutschen Bevölkerung kartiert werden. Vgl. Teichler, Nils et al.: Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ, 2023, <https://doi.org/10.26092/elib/2517> sowie Teichler, Nils/Olaf Groh-Samberg/Jean-Yves Gerlitz (Hrsg.): (Un)mögliche Transformation? Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Einstellungen zum Klimawandel in Deutschland, 2025; https://fgz-risc.de/fileadmin/media/publikationen/FGZ-Zusammenhaltsbericht_2025_PDF1b.pdf (abgerufen am 7.4.2026).

2 Vgl. Mau, Steffen/Thomas Lux/Linus Westheuser: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, 2023.

Kommunikative Polarisierung durch digitale Medien Wir erleben somit vor allem eine „kommunikative Polarisierung“³, die durch die digitalen Medien deutlich wahrscheinlicher geworden ist. Denn sie erweitern den Kreis der Personen und Gruppen, die Informationen und Inhalte aller Art öffentlich kommunizieren können. Dies erhöht zwar einerseits die Vielfalt verfügbarer Themen und Meinungen, gibt andererseits aber auch solchen Ansichten mehr Raum, die sich an der Grenze des in einer Demokratie Tolerierbaren (oder jenseits davon) bewegen. Hinzu kommt die Logik Sozialer Medien, Inhalte auf Grundlage algorithmischer Personalisierung und nicht anhand professionell-redaktioneller Qualitätskriterien zusammenzustellen und zu empfehlen. Davon profitieren vor allem zugespitzte und affektiv aufgeladene Beiträge, die viele Reaktionen nach sich ziehen und mit gesteigerter Aufmerksamkeit belohnt werden.

Auftrag ö.-r. Medien umfasst auch, den gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu fördern Diese gesellschaftlichen und medialen Entwicklungen tragen dazu bei, dass sich Rahmenbedingungen und Abläufe von Kommunikationsprozessen fundamental verändern. Öffentlich-rechtliche Medien sind davon in besonderer Weise betroffen: Zum einen stehen sie selbst oft im Zentrum populistischer Kritik und müssen sich in besonderer Weise in Bezug darauf rechtfertigen, ob sie ausgewogen und vielfältig berichten. Sie sind zum anderen aber nach wie vor auch wesentliche Infrastrukturen des gesellschaftlichen Zusammenhalts: Ihre Programmaufträge enthalten dies als explizite Aufgabe, denn öffentlich-rechtliche Medien „haben in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sie sollen hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration, den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den gesamtgesellschaftlichen Diskurs in Bund und Ländern fördern“.⁴ Und im Deutschlandradio-Staatsvertrag heißt es: „Die Angebote sollen dabei auch die Zusammengehörigkeit im vereinten Deutschland fördern sowie der gesamtgesellschaftlichen Integration in Frieden und Freiheit und der Verständigung unter den Völkern dienen und auf ein diskriminierungsfreies Miteinander hinwirken“.⁵

Methodik der Zusammenhaltsstudie Vor diesem Hintergrund haben ARD, ZDF und Deutschlandradio im Herbst 2024 mit der Konzeption einer empirischen Studie begonnen. Sie wurden dabei wissenschaftlich beraten vom Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut sowie dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt und mindline media, die die Befragung 2025 durchgeführt haben.⁶ Die Studie hat erstmals für die öffentlich-rechtlichen Medien in Gänze ermittelt, was die Menschen in Deutschland von ihnen als Institution und Infrastruktur des Zusammenhalts erwarten und wie sie ihre Aufgaben aus Sicht der Bevölkerung

3 Vgl. Kumkar, Nils C.: Polarisierung. Die Ordnung der Politik, 2025.

4 Vgl. Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland (MStV), § 26. Media Perspektiven Dokumentation III/2025: Medienrechtliche Staatsverträge in der Fassung des Siebten Medienänderungsstaatsvertrages, in Kraft seit 1. Dezember 2025; <https://www.media-perspektiven.de/mediaperspektiven-themenwelten/medienrecht-politik/siebter-staatsvertrag-zur-aenderung-medienrechtlicher-staatsvertraege-reformstaatsvertrag> (abgerufen am 7.4.2026).

5 Vgl. Staatsvertrag über die Körperschaft des öffentlichen Rechts "Deutschlandradio"(DLR-StV), § 6 Abs. 3; Quelle siehe Anm. 4.

6 Neben den Autoren waren an der Studie die folgenden Personen beteiligt: Marc Heydenreich, Elena Kalter (ARD), Susanne Kayser, Mignon Warnemünde (ZDF), Eva Sabine Kuntz (Deutschlandradio) sowie Sabine Feierabend und Annett Kahl (SWR). Die Autoren danken zudem Milena Braun, Yana Novitskaya, Vivian Voigt und Galileo Weidner für die wertvolle Unterstützung bei der Durchführung und Auswertung der Befragung.

erfüllen.⁷ Das Studiendesign war daher so angelegt, dass immer nach den Einschätzungen für „öffentlich-rechtliche Medien generell, also die Fernseh-, Radio- und Internetangebote von ARD, ZDF und Deutschlandfunk“ gefragt wurde.

Die Befragung war vom 14. März bis 17. April 2025 im Feld (n=1.351) und beansprucht Repräsentativität für deutschsprachige Personen ab 14 Jahren in Privathaushalten in Deutschland.⁸ Zunächst werden im Folgenden Befunde zu verschiedenen Indikatoren der gesellschaftlichen Anbindung sowie zu demokratie- und zusammenhaltsbezogenen Einstellungen der Bevölkerung dargestellt. Im zweiten Schritt wird anhand verschiedener Merkmale gezeigt, wie sich Publika der öffentlich-rechtlichen Medien innerhalb der deutschen Bevölkerung verteilen. Anschließend werden die Einschätzungen der zusammenhaltsrelevanten Leistungen öffentlich-rechtlicher Medien vorgestellt, wobei neben soziodemografischen Angaben auch die oben genannten Merkmale (also Anbindungsindikatoren, Einstellungen sowie die Nutzung öffentlich-rechtlicher Medien) als Gruppierungsvariablen genutzt werden.

Merkmale der gesellschaftlichen Anbindung

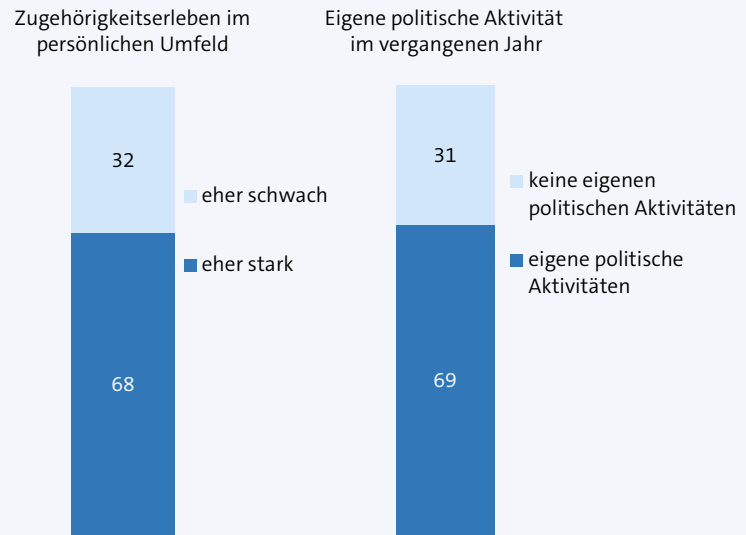
Mehrheit empfindet Zusammenhalt und Zugehörigkeit im persönlichen Umfeld als stark

Die gesellschaftliche Anbindung der Menschen wurde in der Studie über verschiedene Indikatoren erhoben, unter anderem durch eine Frage nach dem Gefühl von Zugehörigkeit und Zusammenhalt im persönlichen Umfeld. Dieses Gefühl wurde in Bezug auf fünf Bereiche (Familie; Freundeskreis; Nachbarschaft; an Arbeitsstelle, Schule oder Universität; in Vereinen oder anderen Einrichtungen, in denen man Mitglied ist) abgefragt. Auf dieser Basis ließ sich das durchschnittliche Zusammenhalt- und Zugehörigkeitsgefühl der Personen über alle Bereiche hinweg ermitteln. Demnach erlebt eine deutliche Mehrheit der Deutschen eher starken (48 %) oder sehr starken (20 %) Zusammenhalt und Zugehörigkeitsgefühle in ihrem persönlichen Umfeld (vgl. Abbildung 1). Bei

7 Das Projektteam konnte an eine Vorläuferstudie aus dem Jahr 2019 anknüpfen, die die Integrationsleistungen des ZDF untersucht hatte: Vgl. Hasebrink, Uwe/Hermann-Dieter Schröder/Dieter Storll/Gerlinde Schumacher: Mediennutzung und soziale Integration. Eine explorative Studie zur Bestimmung medialer Integrationsleistungen. In: Media Perspektiven 11/2019, S. 500 – 514; <https://www.media-perspektiven.de/publikationsarchiv/2019/detailseite-2019/mediennutzung-und-soziale-integration> (abgerufen am 9.4.2026); Schumacher, Gerlinde/Mignon Warnemünde: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten des medialen und gesellschaftlichen Wandels. In: Media Perspektiven 11/2019, S. 515 – 527; <https://www.media-perspektiven.de/publikationsarchiv/2019/detailseite-2019/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-zeiten-des-medialen-und-gesellschaftlichen-wandels> (abgerufen am 7.4.2026). Die Integrationsleistungen öffentlich-rechtlicher Medien werden auch in anderen Analysen untersucht, so etwa unlängst bei Stegmann, Daniel/Birgit Stark: Integration durch Repräsentation? Die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: *Communicatio Socialis* 2024 (2), S. 144 – 158; <https://doi.org/10.5771/0010-3497-2024-2-144>. Befunde über zusammenhaltsrelevante Erwartungen und Leistungswahrnehmungen bezogen auf die deutschen öffentlich-rechtlichen Medien in Gänze liegen bislang aber noch nicht vor.

8 Die Studie folgte einem Mixed-Mode-Ansatz (CATI 50 %, CAWI 50 %). Die CATI-Befragung basierte auf einer Dual-Frame-Stichprobe (60 % Festnetz, 40 % Mobil; systematische Zufallsauswahl; ADM-Telefonstichprobe, Stand 2024). Die CAWI-Befragung basierte auf einer Random-Quota-Auswahl nach Geschlecht, Alter, Bildung, Region mit disproportionaler Aufstockung der Ost-Bundesländer auf n=368 (und anschließender Proportionalisierung der Gesamtergebnisse) über ein Online-Access-Panel (horizoom). Es fand eine Designgewichtung (Transformation) zur Korrektur unterschiedlicher Auswahlchancen in den Sampling Frames sowie eine Redressment-Gewichtung mit den Merkmalen Geschlecht, Alter, Bildung, Bundesland, Ortsgröße statt.

Abbildung 1
Zugehörigkeitserleben im persönlichen Umfeld und politische
Aktivität im letzten Jahr
Gesamt, in %



Frage: „Man kann ja in verschiedenen Bereichen seines Lebens mit anderen Menschen zusammenkommen und das Gefühl von Zugehörigkeit und Zusammenhalt erleben. Wie stark erleben Sie persönlich Zusammenhalt und Zugehörigkeit in folgenden Bereichen?“
Zusammenführung von 5 Items via Skalenmittelwerte zu der dichotomen Variable „Eingebundensein“ mit den Ausprägungen ‚eher stark‘ (1+2) und ‚eher schwach‘ (3-5).
Frage: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen?“
Anzahl der Ja-Antworten von 8 Items; Bildung der dichotomen Variable „Politische Aktivität“ mit den Ausprägungen ‚keine eigenen politischen Aktivitäten im vergangenen Jahr‘ und ‚mindestens eine politische Aktivität im vergangenen Jahr‘.
Basis: n=1.351

Quelle: Zusammenhaltsstudie 2025

Menschen über 70 Jahren sowie Personen mit einem hohen Schulabschluss liegen die Anteile deutlich höher als bei jüngeren Altersgruppen bzw. Personen mit niedrigem oder mittlerem Schulabschluss.⁹ Das Geschlecht, die Lage des Wohnorts (West- oder Ostdeutschland) und dessen Größe haben hingegen keinen so deutlichen Einfluss (vgl. Tabelle 1 im Anhang).

⁹ Im Rahmen der hier vorgestellten Auswertung umfasst „niedrige/mittlere formale Bildung“ den Haupt- bzw. Volksschulabschluss, den Abschluss der allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR sowie den Realschulabschluss/Mittlere Reife (61 Prozent aller Befragten). „Formal höhere Bildung“ umfasst die Fachhochschul- und die Allgemeine Hochschulreife/Abitur (39 Prozent aller Befragten).

Rund 70 Prozent der Deutschen engagieren sich, Bildung und Alter beeinflussen Intensität

Ein zweiter Indikator der gesellschaftlichen Anbindung, der in der Studie erhoben wurde, bezieht sich auf das eigene Engagement, also das aktive Einbringen in gesellschaftliche Belange. Etwas mehr als zwei Drittel der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahren (69%) berichten demnach, in den zurückliegenden zwölf Monaten zumindest auf einem von insgesamt acht abgefragten Wegen gesellschaftlich aktiv gewesen zu sein (vgl. Abbildung 1). Hierzu zählen beispielsweise ehrenamtliches Engagement vor Ort, Teilnahme an Demonstrationen oder Meinungsäußerungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen per Leserbrief und Onlinebeiträgen.

Auch bei diesem Indikator haben die formale Bildung und das Alter einen starken Einfluss: Menschen mit hohem Schulabschluss sind demnach politisch und gesellschaftlich aktiver als Menschen mit niedrigem oder mittlerem Schulabschluss – sie engagieren sich beispielsweise deutlich häufiger ehrenamtlich vor Ort oder spenden einer politischen Organisation Geld (vgl. Tabelle 2 im Anhang). Personen unter 35 Jahren sind über alle Aspekte hinweg ebenfalls häufiger aktiv; in dieser Altersgruppe finden sich zum Beispiel mehr ehrenamtlich Engagierte, Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Demonstrationen oder Streiks und auch deutlich mehr Menschen, die sich im Internet zu politischen oder gesellschaftlichen Themen äußern. Bei der Kontaktaufnahme mit Politikerinnen und Politikern oder Amtspersonen sowie der Mitarbeit in einer politischen Partei oder Gruppierung sind die Altersunterschiede hingegen nur schwach, und Geldspenden an politische Gruppierungen sind bei den über 70-Jährigen am häufigsten verbreitet.

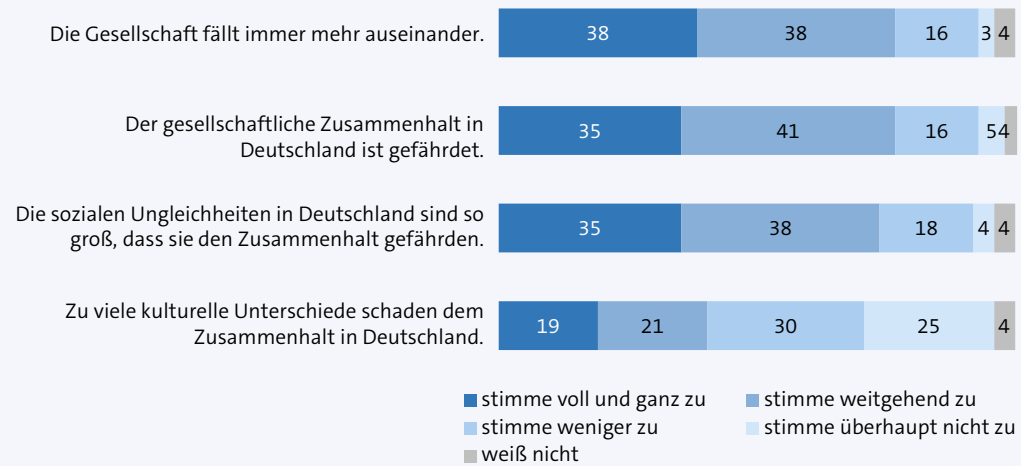
Die übrigen soziodemografischen Merkmale (Geschlecht sowie Lage und Größe des Wohnorts) haben kaum Einfluss darauf, ob zumindest eine Form des Engagements ausgeübt wurde, wohl aber auf einzelne Praktiken der gesellschaftlichen Teilhabe. So äußern Männer und Menschen, die in Ortschaften über 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern leben, häufiger ihre Meinung zu politischen und gesellschaftlichen Themen (im Internet oder über Leserbriefe), während sich etwas mehr Frauen an Unterschriftensammlungen und Petitionen beteiligen. Menschen aus kleineren Ortschaften sind eher ehrenamtlich engagiert oder haben Kontakt zu Politikerinnen und Politikern sowie Amtspersonen aufgenommen.

Einstellungen zu Zusammenhalt und Demokratie

Über zwei Drittel beurteilen gesellschaftlichen Zusammenhalt als gefährdet

Die Einstellungen der Menschen in Deutschland zur aktuellen gesellschaftlichen Lage wurden ebenfalls auf zwei verschiedenen Wegen erhoben. Zunächst wurden die Befragten gebeten, vier Aussagen einzuschätzen, die sich auf unterschiedliche Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts beziehen. Jeweils ähnliche hohe Anteile, nämlich etwas mehr als drei Viertel aller Deutschen ab 14 Jahren, sind demnach „weitgehend“ oder „voll und ganz“ der Ansicht, die Gesellschaft falle immer mehr auseinander (77%) und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland sei gefährdet (76%; vgl. Abbildung 2). Eine vergleichbar große Gruppe schätzt die sozialen Ungleichheiten als so groß ein, dass sie den Zusammenhalt gefährden (73%), während nur 40 Prozent zustimmen, dass zu viele kulturelle Unterschiede dem Zusammenhalt in Deutschland schaden.

Abbildung 2
Wahrnehmung der Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
in %



Frage: „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“
Basis: n=1.351

Quelle: Zusammenhaltsstudie 2025

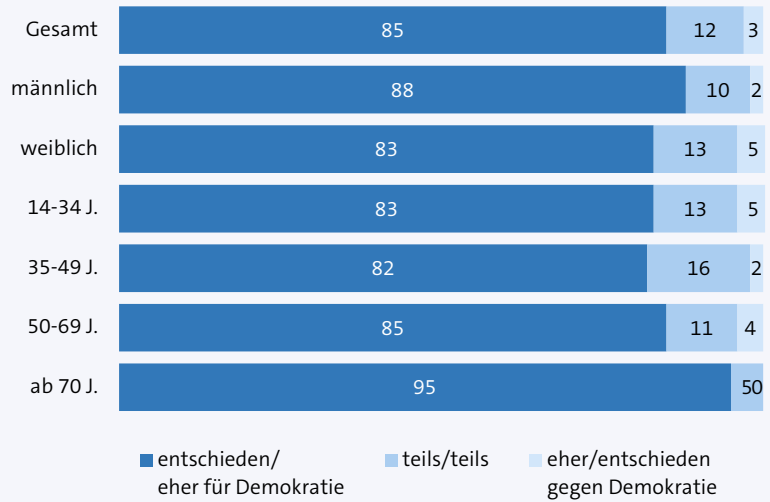
Schwächeres Zusammenhaltsgefühl bei niedrigerer Bildung, Wohnort im Osten und in kleineren Gemeinden

Die Zustimmung zu diesen vier Aussagen ist unter Menschen mit niedriger oder mittlerer formaler Bildung sowie bei Personen, die in Ostdeutschland leben, jeweils etwas höher. Auch Personen aus Ortschaften mit weniger als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern stimmen den meisten Aussagen etwas stärker zu, haben aber keine stärker ausgeprägte Wahrnehmung einer Zusammenhaltsgefährdung als Personen aus größeren Ortschaften (vgl. Tabelle 3 im Anhang). Die Zustimmung zu den Aussagen ist unter den 50- bis 69-Jährigen jeweils höher als in den anderen Altersgruppen, während das Geschlecht keinen Einfluss hat. Eine markante Ausnahme von den beschriebenen Mustern ist die Einschätzung der kulturellen Unterschiede: Hier beträgt die Differenz zwischen den zwei Bildungsgruppen über 20 Prozentpunkte.

Überwiegende Mehrheit unterstützt Demokratie als Staatsform, aber nur ein Drittel ist aktuell zufrieden

Die Befragten wurden zudem um eine Einschätzung gebeten, wie sie die Idee der Demokratie im Allgemeinen einschätzen und wie zufrieden sie „alles in allem mit der Demokratie, so wie sie zur Zeit in Deutschland funktioniert“ sind. Eine überwiegende Mehrheit der Deutschen unterstützt die Demokratie als Staatsform, und nur 3 Prozent sind eher oder entschieden gegen die Demokratie (vgl. Abbildung 3). Aber nur ein Drittel (34%) der Menschen in Deutschland ist „eher“ oder „sehr“ zufrieden mit dem aktuellen Zustand der Demokratie (vgl. Abbildung 4). Eine etwas größere Gruppe (38%) ist hingegen eher oder sehr unzufrieden, und knapp ein Viertel (28%) antwortet mit „teils, teils“. Der Anteil der eher oder sehr Zufriedenen ist bei Männern, bei Personen über 70 Jahren und bei Menschen mit hoher formaler Bildung jeweils höher als in den anderen Gruppen. Der Anteil der eher oder sehr Unzufriedenen ist demgegenüber bei Menschen mit niedriger oder mittlerer formaler Bildung und bei den

Abbildung 3
Befürwortung der Idee der Demokratie
in %

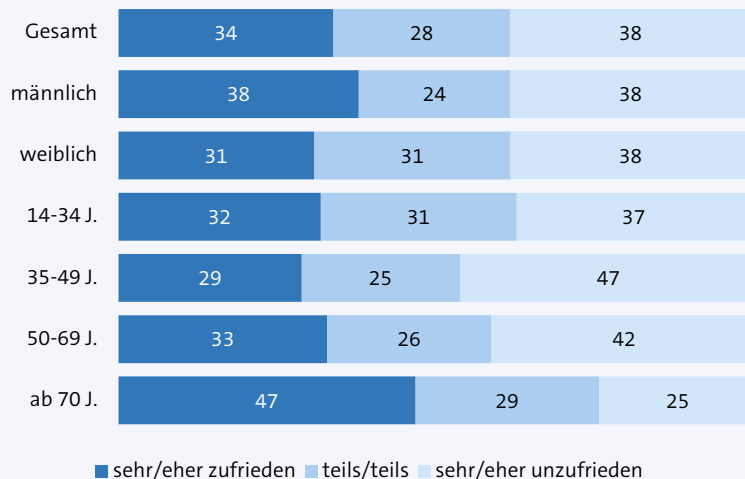


Frage: „Nun zwei Fragen zum Thema Demokratie. Zunächst geht es um die Idee der Demokratie im Allgemeinen. Was würden Sie zur Idee der Demokratie sagen. Sind Sie...?“

Basis: n=1.351

Quelle: Zusammenhaltsstudie 2025

Abbildung 4
Zufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie
in Deutschland
in %



Frage: „Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie zur Zeit in Deutschland funktioniert?“

Basis: n=1.351

Quelle: Zusammenhaltsstudie 2025

35- bis 49-Jährigen höher; zwischen Männern und Frauen gibt es keine Unterschiede. Mit Blick auf den Wohnort wird deutlich, dass die Zufriedenen in Westdeutschland sowie in größeren Ortschaften stärker vertreten sind, die Unzufriedenen hingegen in Ostdeutschland und in kleineren Ortschaften (vgl. Tabelle 4 im Anhang).

Publikumszusammensetzung öffentlich-rechtlicher Angebote

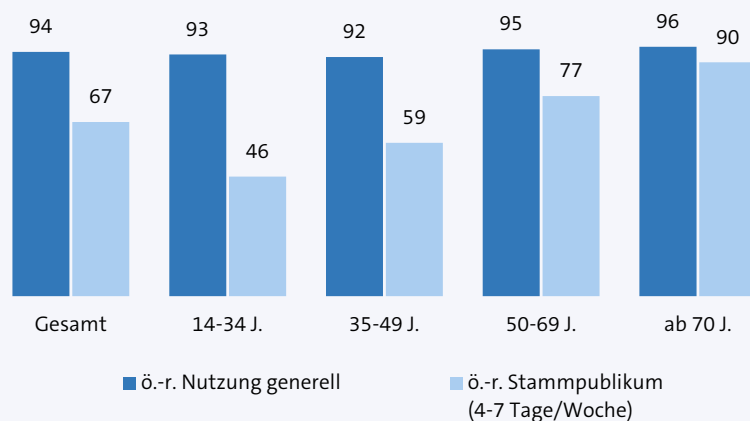
ARD und ZDF erreichen 94 Prozent der Bevölkerung, 67 Prozent sind Stammpublikum

Die Befragung ermittelte die Häufigkeit der Nutzung von privaten und öffentlich-rechtlichen Fernseh-, Radio- und Internetangeboten über umfangreiche Listen von Fernsehsendern, Radioprogrammen sowie von Social-Media- und Audio- bzw. Video-Streamingplattformen einschließlich der öffentlich-rechtlichen Audio- und Mediatheken. Über die verschiedenen Fragen hinweg lassen sich in der Gesamtschau verschiedene Publikumskreise der öffentlich-rechtlichen Medien bilden.

Ein erster Befund ist demnach, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio fast alle Menschen in Deutschland erreichen: 94 Prozent nutzen zumindest selten ein oder mehrere ihrer Fernseh-, Radio- oder Digital-Angebote (vgl. Abbildung 5). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass nur 6 Prozent kein einziges öffentlich-rechtliches Angebot nutzen.

Zwei Drittel der Deutschen (67%) gehören zum Stammpublikum öffentlich-rechtlicher Medien, weil sie zumindest ein entsprechendes Angebot – einen öffentlich-rechtlichen Fernseh- oder Radiosender oder die öffentlich-rechtlichen Audio- und Mediatheken im Internet – an vier Tagen in der Woche oder häufiger nutzen. Der Anteil des Stammpublikums ist unter den älteren Bevölkerungs-

Abbildung 5
Nutzung ö.-r. Inhalte über alle Zugangswege hinweg
in %



Basis: n=1.351

Quelle: Zusammenhaltsstudie 2025

gruppen deutlich höher, denn etwa drei Viertel (77 %) der 50- bis 69-Jährigen und sogar 90 Prozent der über 70-Jährigen zählen dazu (vgl. Tabelle 5 im Anhang). Aber auch knapp die Hälfte (46 %) der 14- bis 34-Jährigen nutzt regelmäßig zumindest ein öffentlich-rechtliches Angebot. Unter dem Gesamtdurchschnitt liegen die Anteile des Stammpublikums bei Personen, die mit dem aktuellen Zustand der Demokratie „eher“ oder „sehr unzufrieden“ sind sowie bei Personen, die in ihrem sozialen Umfeld eher oder sehr schwache Zugehörigkeit erleben.

Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt: Vergleich verschiedener Institutionen

Über die Hälfte stuft Beitrag ö.-r. Medien zum Zusammenhalt als eher oder sehr hoch ein

Mit den bisher erläuterten Merkmalen, also den Indikatoren der gesellschaftlichen Einbindung, der Wahrnehmung von Zusammenhaltsgefährdung und aktuellem Demokratiezustand sowie der Nutzung öffentlich-rechtlicher Medien, lässt sich differenzierter und über reine soziodemografische Unterschiede hinausgehend beantworten, welche zusammenhaltsrelevanten Leistungen die Deutschen von öffentlich-rechtlichen Medien erwarten und wie sie entsprechende Angebote wahrnehmen. Diese Befunde stehen in den folgenden Abschnitten im Mittelpunkt.

In einem ersten Schritt wurden die Befragten gebeten, den Beitrag verschiedener gesellschaftlicher Institutionen zum Zusammenhalt zu beurteilen. Neben öffentlich-rechtlichen Medien wurden auch private Fernseh- und Radiosender, lokale und regionale Tageszeitungen sowie Soziale Medien abgefragt, zudem ausgewählte weitere Institutionen aus dem politisch-administrativen Bereich (Bundesverfassungsgericht; öffentliche Verwaltung; Parteien) und dem breiteren gesellschaftlichen Leben (u. a. Sportvereine, Gewerkschaften oder die Kirche). Demnach schreibt etwa die Hälfte (53 %) der Deutschen den öffentlich-rechtlichen Medien einen „eher hohen“ oder „sehr hohen“ Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zu (vgl. Abbildung 6). Sie liegen damit hinter Sportvereinen, der Wissenschaft und dem Bundesverfassungsgericht auf Rang vier der zwölf abgefragten Institutionen. Von den anderen Medienangeboten erreichen lokale und regionale Tageszeitungen eine ähnliche Einschätzung (50 %), während private Radio- und Fernsehsender (35 %) und Soziale Medien (32 %) deutlich darunter liegen.

Soziodemografische Unterschiede bei der Bewertung

Geschlecht und Wohnort der Befragten haben keinen nennenswerten Einfluss auf die Beurteilung des Beitrags öffentlich-rechtlicher Medien für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wohl aber formale Bildung und Alter: Personen mit hoher formaler Bildung (63 %) und Menschen über 70 Jahren (62 %) schätzen den Beitrag deutlich höher ein – aber auch jüngere Personen unter 35 Jahren (58 %) tun dies und platzieren öffentlich-rechtliche Medien auf Rang drei im Vergleich der Institutionen (vgl. Tabelle 6 im Anhang). Unter Personen, die zum Stammpublikum öffentlich-rechtlicher Medien zählen, liegt der Anteil ebenfalls deutlich höher (59 %). Demgegenüber schätzen Menschen, die mit dem aktuellen Zustand der Demokratie unzufrieden sind (50 %), den gesellschaftlichen Zusammenhalt als gefährdet ansehen (49 %) oder in ihrem sozialen Umfeld eher schwache Zugehörigkeit erleben (41 %), den Beitrag öffentlich-rechtlicher Medien zum Zusammenhalt tendenziell geringer ein.

Abbildung 6
Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt: Institutionenvergleich
Zustimmung sehr/eher hoch, Gesamt in %



Frage: „Ich nenne Ihnen noch einmal eine Reihe von öffentlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Wie groß ist Ihrer Ansicht nach der Beitrag dieser Einrichtungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland?“
Basis: n=1.351

Quelle: Zusammenhaltsstudie 2025

Jüngere stufen Beitrag von Social Media zum Zusammenhalt deutlich höher ein als Ältere

Ein interessanter Vergleichsfall sind die Sozialen Medien: Geschlecht, formale Bildung und Wohnortgröße haben keinen nennenswerten Einfluss auf die Beurteilung des Beitrags von Plattformen wie Facebook, YouTube oder TikTok für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Personen, die in Ostdeutschland leben, bewerten den Beitrag etwas höher als Personen in Westdeutschland; vor allem aber zeigt sich ein starker linearer Alterseffekt: Bei den unter 35-Jährigen schätzt mehr als die Hälfte (53%) den Zusammenhaltsbeitrag Sozialer Medien als eher oder sehr hoch ein, während es bei den älteren Gruppen weniger als ein Drittel, bei den über 70-Jährigen sogar nur 17 Prozent sind. Und ein weiterer markanter Unterschied: Die Indikatoren gesellschaftliche Einbindung und die Demokratie- und Gefährdungswahrnehmungen, die bei nahezu allen anderen Institutionen zu deutlichen Unterschieden in der Bewertung des Zusammenhaltsbeitrags führen, haben bei der Beurteilung der Sozialen Medien kaum einen Effekt.

Zusammenhaltsrelevante Leistungen öffentlich-rechtlicher Medien

Drei zentrale Funktionen, mit denen ö.-r. Medien gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Um über die breite und allgemeine Einschätzung des Beitrags öffentlich-rechtlicher Medien zum Zusammenhalt hinaus spezifische Einblicke in die Ansichten der deutschen Bevölkerung zu erhalten, arbeitete die Befragung mit zwei Vorannahmen. Sie ging erstens von der Überlegung aus, dass öffentlich-rechtliche Medien den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht direkt erwirken kön-

nen, sondern dieser sich allenfalls als mittelbare und längerfristige Folge ihrer programmlichen und außerprogrammlichen Leistungen einstellen bzw. verändern kann. Und zweitens lassen sich zusammenhaltsrelevante Leistungen auf drei grundlegende Funktionen zurückführen, die massenmediale Kommunikation – mithin auch das Angebot öffentlich-rechtlicher Medien – für die Gesellschaft erbringen können.

Synchronisation Eine davon ist die Synchronisation der Gesellschaft: Diese Funktion bezieht sich auf die Leistung von Massenmedien, die Aufmerksamkeit vieler Menschen gleichzeitig auf aktuell relevante Ereignisse und Themen zu fokussieren. Daraus kann Zusammenhalt resultieren, weil man mit anderen Menschen Kenntnisse, Wissen und Erlebnisse von (Medien-) Ereignissen teilt, und zugleich unterstellen kann, dass diese Erfahrung auch bei anderen Menschen vorliegt.¹⁰

Repräsentation Die zweite Funktion ist die Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen und Anliegen: Indem Medien unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen in ihren Lebensweisen abbilden und zugleich den unterschiedlichen Ansichten und Anliegen Gehör verschaffen, machen sie die gleichberechtigte gesellschaftliche Vielfalt sichtbar, die zum Kern liberaler Demokratien gehört. Daraus kann Zusammenhalt resultieren, weil sich Menschen in ihren eigenen Interessen und Werten gesehen fühlen und zugleich erfahren, dass es auch andere Interessen und Werte gibt.

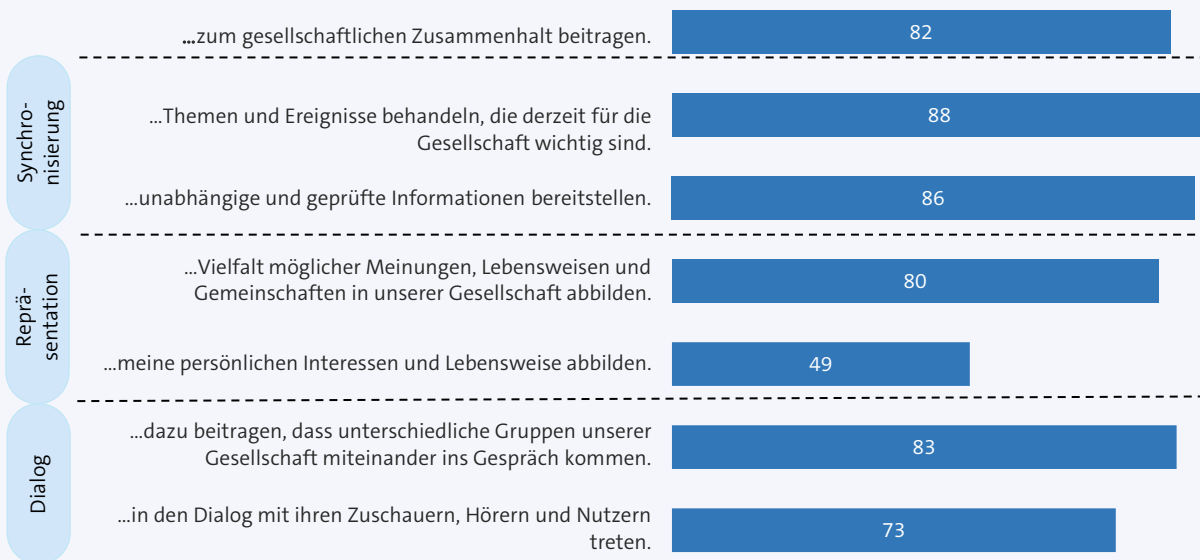
Dialog und Verständigung Die dritte Funktion liegt in der Förderung von Dialog und Verständigung: Medien repräsentieren aber nicht bloß gesellschaftliche Vielfalt im oben genannten Sinne. Sie stellen auch Kommunikationsräume bereit, in denen unterschiedliche Positionen nicht einfach nebeneinanderstehen, sondern aufeinander Bezug nehmen und zueinander sprechen. Zugleich (und durch gewandelte Ansprüche des Publikums in den letzten Jahren verstärkt) bedeutet Dialogorientierung aber auch, dass gerade öffentlich-rechtliche Medienangebote ansprechbar für die Anliegen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger sind. Daraus kann Zusammenhalt resultieren, weil die Verständigung über kollektive Probleme, Ziele und Wege zu ihrer Lösung möglich wird.

Diese drei Funktionen wurden in der Befragung zum einen im Sinne von Erwartungen an öffentlich-rechtliche Medien, zum anderen im Sinne von wahrgenommenen Leistungen operationalisiert. Für die Frage nach den Erwartungen wurden pro zusammenhaltsrelevanter Funktion je zwei Items formuliert und diese sechs Items um ein weiteres siebtes Item ergänzt, das generell nach der Erwartung an einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt fragte. Die Wahrnehmung der zusammenhaltsrelevanten Leistungen wurde mit Hilfe einer umfangreicheren Liste von insgesamt 33 Items erhoben. Diese nahmen unter anderem auch spezifische Genres und außerprogrammliche Angebote in den Blick.

¹⁰ Eine weitere Facette der Synchronisierung ist Angleichung von Rhythmen im Tagesablauf, die Rundfunk- und Printmedien durch ihr lineares Programm bzw. ihre Erscheinungszeiten erreichen: Morgens liegt die Tageszeitung im Briefkasten, zu jeder vollen Stunde kommen Nachrichten im Radio, und abends um 20.00 Uhr die „Tagesschau“. Weil solche Routinen durch die jederzeitige Verfügbarkeit und Aktualisierbarkeit von digitalen Medienangeboten zusehends geschliffen werden, verliert diese Facette der Synchronisierung allerdings an Bedeutung.

Abbildung 7
Erwartungen an öffentlich-rechtliche Medien
sehr wichtig/wichtig, in %

Öffentlich-rechtliche Medien sollten...



Frage: „Wenn Sie einmal an öffentlich-rechtliche Medien generell denken, also an die Fernseh-, Radio- und Internetangebote von ARD, ZDF und Deutschlandfunk: Wie wichtig ist es Ihnen persönlich, dass die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland die folgenden Aufgaben erfüllen? Es geht also darum, was die öffentlich-rechtlichen Medien Ihrer Ansicht nach leisten sollten, unabhängig davon, wie sie dies zurzeit tatsächlich tun.“
Basis: n=1.351

Quelle: Zusammenhaltsstudie 2025

Große Bevölkerungsanteile erwarten, dass Öffentlich-Rechtliche zum Zusammenhalt beitragen

Die Befunde zeigen, dass die Menschen in Deutschland sehr hohe Erwartungen an die öffentlich-rechtlichen Medien haben. So halten es 82 Prozent für (sehr) wichtig, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen (vgl. Abbildung 7). Etwas größere Anteile der Bevölkerung erwarten zudem, dass die öffentlich-rechtlichen Medien Themen und Ereignisse behandeln, die derzeit für die Gesellschaft wichtig sind (88 %) sowie unabhängige und geprüfte Informationen bereitstellen (86 %) – beides Elemente, die auf die Synchronisierungsleistung der öffentlich-rechtlichen Medien bezogen sind.

Auch die zwei dialogbezogenen Leistungen halten deutliche Mehrheiten der Deutschen für (sehr) wichtig, nämlich dass öffentlich-rechtliche Medien unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen ins Gespräch miteinander bringen (83 %) und Dialogangebote für den Austausch mit dem Publikum bereitstellen (73 %).

Abbildung gesellschaftlicher Anliegen für Publikum wichtiger als Darstellung der eigenen Lebensweise

Eine interessante Diskrepanz zeigt sich hingegen bei den zwei repräsentationsbezogenen Erwartungen: 80 Prozent halten es für (sehr) wichtig, dass öffentlich-rechtliche Medien die Vielfalt möglicher Meinungen, Lebensweisen und Gemeinschaften abbilden. Dass sie die jeweils eigenen persönlichen Interessen und Lebensweisen abbilden, erwarten hingegen nur 49 Prozent von den öffentlich-rechtlichen Medien. Die Differenz zwischen diesen beiden Werten ist ein

Hinweis darauf, dass ein Teil der Bevölkerung darauf verzichten kann, selbst in den Programmen repräsentiert zu sein, solange öffentlich-rechtliche Medien gesellschaftliche Gruppen und Anliegen in ihrer Breite ausreichend abbilden.

Die Erwartungen sind beim Stammpublikum der öffentlich-rechtlichen Medien sowie bei Menschen mit formal hoher Bildung stärker ausgeprägt, sieht man von einer Ausnahme ab: Personen mit formal niedriger oder mittlerer Bildung halten es häufiger für (sehr) wichtig, dass ihre persönlichen Interessen und Lebensweisen repräsentiert werden (vgl. Tabelle 7 im Anhang). Die Altersgruppen ab 50 Jahren bzw. ab 70 Jahren haben stärker ausgeprägte Erwartungen als die jüngeren Altersgruppen, während Geschlecht und Wohnort keinen nennenswerten Einfluss auf die Erwartungen haben. Personen mit stärkerem Zugehörigkeitsgefühl im sozialen Umfeld oder mit eigenem gesellschaftlichem Engagement halten die verschiedenen Leistungen durchgängig für wichtiger, mit Ausnahme des Abbildens der persönlichen Lebensweise, wo sich kein Unterschied zeigt.

**Bewertung
synchronisierender
und Repräsentations-
leistungen positiv**

Die Leistungen öffentlich-rechtlicher Medien, die auf ihre synchronisierende Funktion einzahlen, sehen deutliche Mehrheiten der Deutschen als erfüllt an (vgl. Abbildung 8): So sind beispielsweise 77 Prozent der Befragten „weitgehend“ oder „voll und ganz“ der Ansicht, dass öffentlich-rechtliche Medien von wichtigen politischen, gesellschaftlichen, kulturellen oder sportlichen Großereignissen berichten, die viele Menschen interessieren. 71 Prozent stimmen der Aussage zu, dass öffentlich-rechtliche Medien Themen behandeln, die für die Gesellschaft wichtig sind. Und zwei Drittel (66 %) sind der Ansicht, dass öffentlich-rechtliche Medien aktuelle Themen und Ereignisse nicht nur in Infosendungen, sondern in ganz unterschiedlichen Programmen behandeln (vgl. auch Tabelle 8 im Anhang).

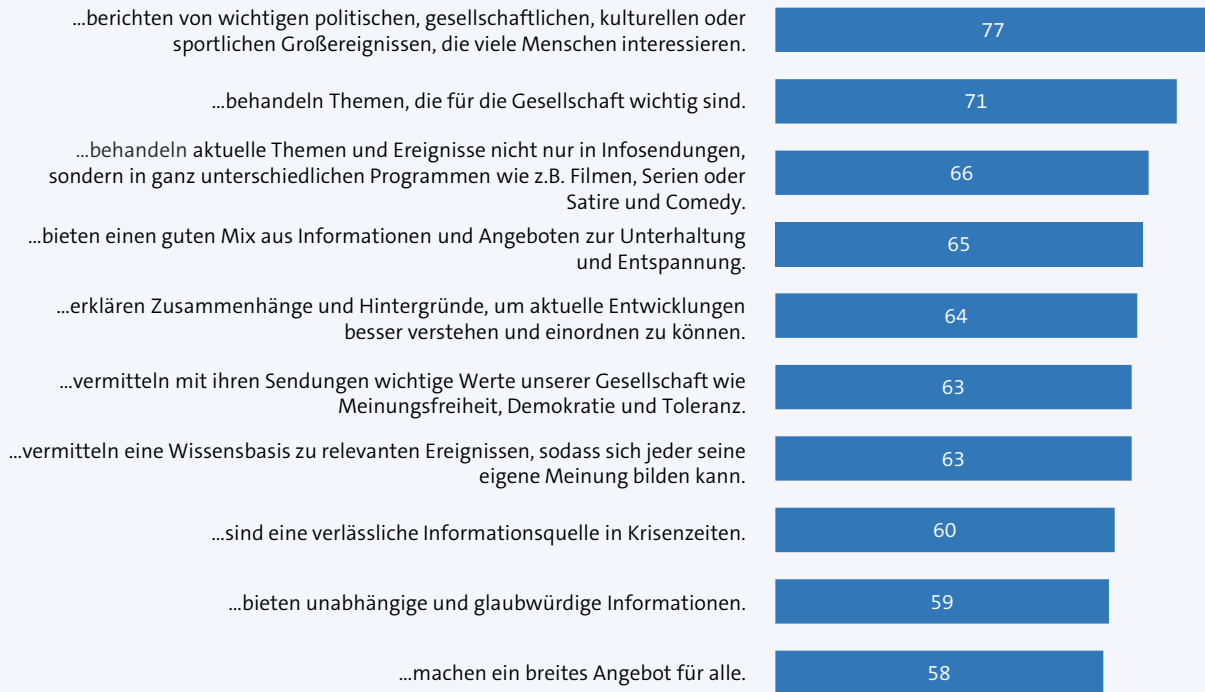
Die Leistungen, die auf die Repräsentationsfunktion öffentlich-rechtlicher Medien abzielen, erreichen ähnlich hohe Zustimmungswerte. So sind beispielsweise zwei Drittel der Deutschen der Ansicht, dass öffentlich-rechtliche Medien Menschen mit Behinderungen über barrierefreie Angebote, wie Untertitel, Leichte Sprache, Gebärdensprache oder reine Hörfunkfassungen unterstützen (66 % stimmen weitgehend oder voll und ganz zu), vielfältige Geschichten über Menschen in Deutschland und Europa bringen (65 %) und dass sie in ihren Programmen darauf achten, dass Menschen nicht ausgegrenzt oder respektlos behandelt werden (64 %; vgl. Abbildung 9). Weitere 59 Prozent stimmen zu, dass sich Angebote von öffentlich-rechtlichen Medien an alle Menschen in Deutschland richten, sich mit unserer Geschichte und unseren Traditionen beschäftigen (57 %) oder das Verständnis für andere Menschen fördern (54 %, vgl. auch Tabelle 9 im Anhang).

**Nachholbedarf
bei Dialog**

Bei den dialog- und verständigungsbezogenen Leistungen finden sich dagegen einige kritischere Einschätzungen. Zwar sind 63 Prozent der Deutschen der Ansicht, dass öffentlich-rechtliche Medien es mit ihren Talk- und Gesprächs-sendungen schaffen, relevante gesellschaftliche Themen zu behandeln (vgl. Tabelle 10 im Anhang und Abbildung 10), 60 Prozent stimmen zu, dass die Angebote zu Gesprächen in der Familie oder mit Freunden anregen, und 57 Prozent sind der Ansicht, ARD, ZDF und Deutschlandradio lassen viele unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, Meinungen und Anschauungen zu Wort kommen. Aber weniger als die Hälfte der Befragten (44 %) sind der Ansicht, dass sie auch Dialogangebote machen, über die das Publikum seine Meinung zum Programm sagen kann.

Abbildung 8
Wahrnehmung zusammenhaltsrelevanter Leistungen ö.-r. Medien im Bereich „Synchronisierung“ (Auswahl)
trifft voll und ganz/weitgehend zu, in %

Öffentlich-rechtliche Medien...



Frage: „Es folgen nun einige Aussagen mit Leistungen, die die öffentlich-rechtlichen Medien für die Gesellschaft erfüllen können. Dabei geht es wieder um alle Angebote von ARD, ZDF und Deutschlandfunk, also das klassische Fernseh- oder Radioprogramm genauso wie die Angebote im Internet. Bitte geben Sie jeweils an, inwieweit die Aussage auf die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland zutrifft: voll und ganz, weitgehend, weniger oder überhaupt nicht.“
Basis: n=1.351

Quelle: Zusammenhaltsstudie 2025

Leistungswahrnehmungen unterscheiden sich bei den gesellschaftlichen Gruppen

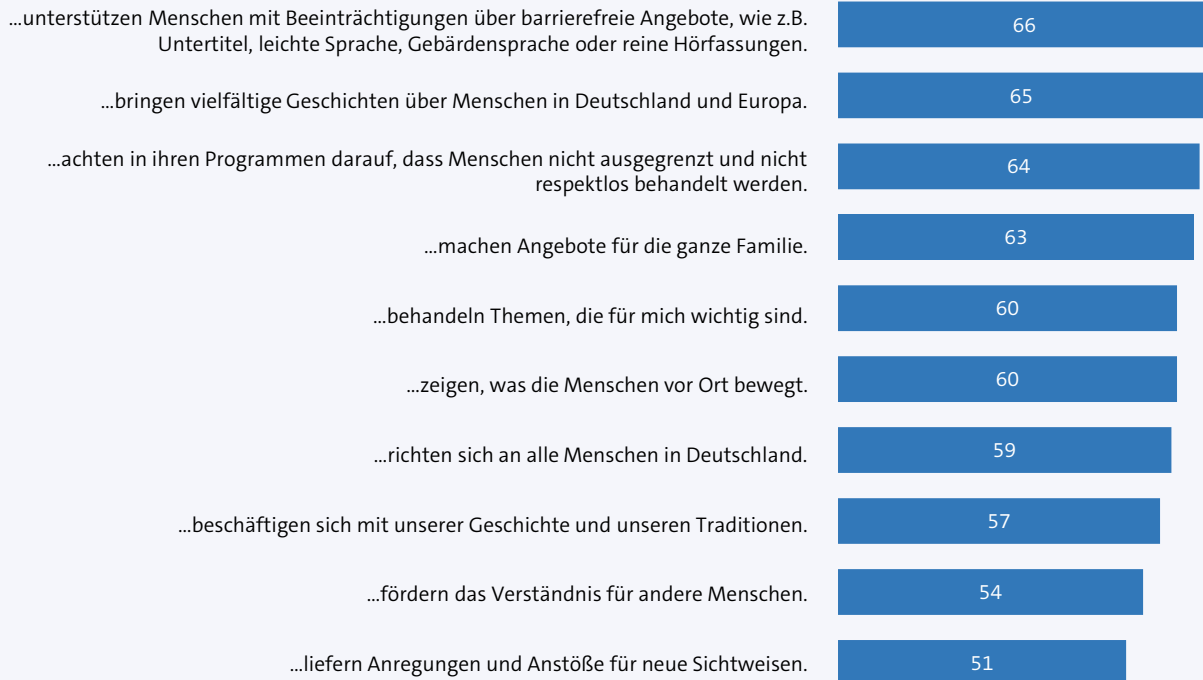
Die Wahrnehmung der Leistungen, die öffentlich-rechtliche Medien aus Sicht der deutschen Bevölkerungen erbringen (oder auch nicht), unterscheidet sich zwischen gesellschaftlichen Gruppen (vgl. hierzu Tabelle 8, 9 und 10 im Anhang). Wenig überraschend ist, dass das Stammpublikum der öffentlich-rechtlichen Medien die Leistungen durchgängig als stärker erfüllt wahrnimmt als Personen, die kein Angebot von ARD, ZDF oder Deutschlandradio regelmäßig nutzen. Oft liegen die Unterschiede sogar bei mehr als 20 Prozentpunkten, etwa bei den Einschätzungen, öffentlich-rechtliche Medien sind eine verlässliche Informationsquelle in Krisenzeiten (69 zu 43 %) und vermitteln mit ihren Sendungen wichtige Werte unserer Gesellschaft (72 zu 46 %).

Geschlecht und Größe des Wohnorts haben demgegenüber nur in vereinzelten Fällen einen nennenswerten Einfluss auf die Wahrnehmungen der öffentlich-rechtlichen Medien, denn zumeist liegen die Anteile der Zustimmung gleichauf oder nur um wenige Prozentpunkte auseinander. Erkennbar mehr Männer als Frauen sind allerdings der Ansicht, dass öffentlich-rechtliche Medien Polarisierung und Populismus entgegenwirken (47 zu 39 %) und Kinder erste sichere

Abbildung 9

Wahrnehmung zusammenhaltsrelevanter Leistungen ö.-r. Medien im Bereich „Repräsentation“ (Auswahl)
trifft voll und ganz/weitgehend zu, in %

Öffentlich-rechtliche Medien...



Frage: siehe Abbildung 8
Basis: n=1.351

Quelle: Zusammenhaltsstudie 2025

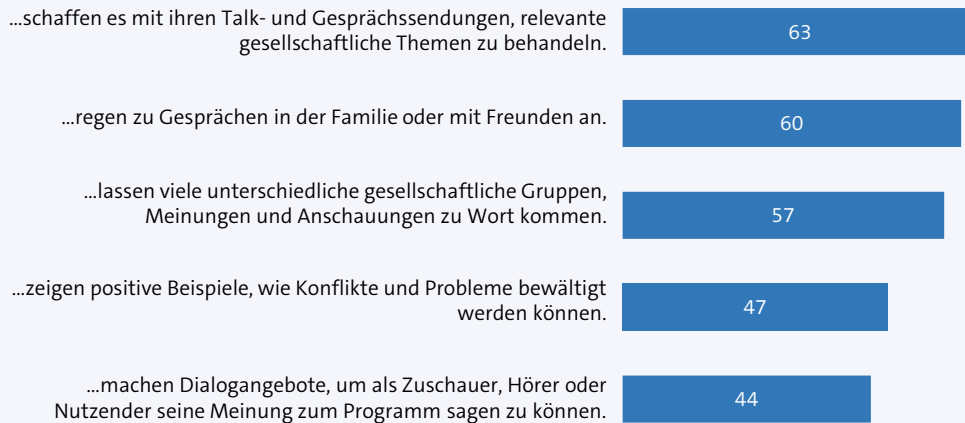
Medienerfahrungen machen lassen (53 zu 44%). Menschen, die in Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern leben, sind eher der Ansicht, öffentlich-rechtliche Medien machen Dialogangebote, damit Menschen ihre Meinung zum Programm sagen zu können (48 zu 41%) und lassen viele unterschiedliche Gruppen zu Wort kommen (61 zu 53%).

Menschen im Osten Deutschlands in einigen Punkten deutlich skeptischer

Zwischen Ost- und Westdeutschland fallen etwas häufiger die Unterschiede größer aus. In der Tendenz ist die Leistungswahrnehmung von Menschen, die in Westdeutschland leben, höher; die Unterschiede sind bei den Leistungen, die auf die Synchronisierungsfunktion bezogen sind, etwas größer als bei den repräsentations- und dialogbezogenen Leistungen. So stimmen beispielsweise weniger Menschen in Ostdeutschland „weitgehend“ oder „voll und ganz“ der Aussage zu, öffentlich-rechtliche Medien bieten unabhängige und glaubwürdige Informationen (52 zu 61%) oder vermitteln eine Wissensbasis zu relevanten Ereignissen, sodass sich jeder seine eigene Meinung bilden kann (57 zu 65%). Auch die Einschätzung, öffentlich-rechtliche Medien lassen viele gesellschaftliche Gruppen zu Wort kommen, ist bei Menschen, die in Ostdeutschland leben, geringer vertreten (50 zu 58%).

Abbildung 10
Wahrnehmung zusammenhaltsrelevanter Leistungen (Auswahl) ö.-r. Medien im Bereich „Dialog“
trifft voll und ganz/weitgehend zu, in %

Öffentlich-rechtliche Medien...



Frage: siehe Abbildung 8
Basis: n=1.351

Quelle: Zusammenhaltsstudie 2025

35- bis 49-Jährige und Menschen mit geringer formaler Bildung bewerten Leistungen negativer

In Hinblick auf die Soziodemografie zeigen sich allerdings noch deutlichere Unterschiede, wenn man das Alter und die formale Bildung betrachtet. Bei den Altersgruppen zeigt sich in vielen Fällen eine U-förmige Verteilung: Bei den 35- bis 49-Jährigen ist der Anteil der Personen, die die Leistungen als erfüllt ansehen, meist am niedrigsten. Jugendliche und junge Erwachsene unter 35 Jahren einerseits und die über 50-Jährigen sowie noch einmal deutlicher die über 70-Jährigen andererseits haben hingegen höhere zustimmende Anteile. Und am stärksten sind die Unterschiede zwischen Menschen mit formal niedriger oder mittlerer und formal hoher Bildung: Bei Letzteren liegt die Zustimmung zu den abgefragten Leistungen fast durchgängig 5, meist 10 Prozentpunkte und mehr über der Zustimmung in der ersteren Gruppe. Besonders deutlich ist dies bei den Einschätzungen, öffentlich-rechtliche Medien berichten von wichtigen politischen, gesellschaftlichen, kulturellen oder sportlichen Großereignissen (89 zu 70%) und behandeln Themen, die für die Gesellschaft wichtig sind (82 zu 63%).

Zusammenhang zwischen Zufriedenheit mit Demokratie und Wahrnehmung der Medienangebote

Auch der Umstand, ob Menschen zufrieden mit dem aktuellen Zustand der Demokratie in Deutschland sind bzw. ob sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland gefährdet sehen, hat einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Leistungen öffentlich-rechtlicher Medien. In der Gruppe, die mit der Demokratie eher oder sehr zufrieden ist, liegen die Zustimmungswerte durchgängig und meist 20 Prozentpunkte und mehr über denen der Gruppe, die eher oder sehr unzufrieden ist. Bei der Gefährdungswahrnehmung sind die Differenzen ebenfalls deutlich erkennbar, allerdings tendenziell etwas geringer ausgeprägt: Die Anteile für Personen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland als gefährdet ansehen, liegen meist zwischen 10 und 20 Prozentpunkten unter denen der Personen, die dies nicht tun.

Blickt man schließlich auf die Indikatoren der gesellschaftlichen Einbindung wird erkennbar, dass Personen, die in ihrem sozialen Umfeld eher oder sehr starke Zugehörigkeit erfahren, auch den zusammenhaltsrelevanten Leistungen der öffentlich-rechtlichen Medien stärker zustimmen. Gleiches gilt für Menschen, die sich in den vergangenen zwölf Monaten gesellschaftlich engagiert haben; allerdings sind hier die Differenzen zur Gruppe, die dies nicht getan hat, meist nur im einstelligen Bereich.

Fazit

Viele bewerten Demokratiezustand schlecht, erleben aber im eigenen Umfeld starken Zusammenhalt

Die Befragung liefert eine Reihe wertvoller Erkenntnisse zur Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und der Bedeutung öffentlich-rechtlicher Medienangebote für dessen Stärkung. Zunächst zeigen ihre Ergebnisse, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen die Demokratie als Staatsform unterstützt, aber viele die aktuelle gesellschaftliche Lage eher kritisch einschätzen. Mehr als ein Drittel ist mit dem aktuellen Zustand der Demokratie in Deutschland eher oder sehr unzufrieden und sogar drei Viertel sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Zugleich berichten zwei Drittel der Bevölkerung, dass sie in ihrem persönlichen sozialen Umfeld eher starken Zusammenhalt und Zugehörigkeitsgefühle erleben, und ähnlich viele Menschen bringen sich auf einem oder mehreren Wegen in die Gesellschaft ein. Wie lässt sich diese Diskrepanz erklären? Eine mögliche Antwort ist, dass die artikulierte Unzufriedenheit und Gefährdungswahrnehmung der Befragten ihren Ursprung außerhalb des eigenen persönlichen Umfelds haben und sich zumindest teilweise auch auf die Krisen- und Polarisierungserzählungen zurückführen lassen, die seit einigen Jahren die öffentliche Debatte prägen.

Öffentlich-rechtliche Medien als wichtige Infrastruktur des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Die Studie macht aber auch deutlich, dass öffentlich-rechtliche Medien weiterhin eine wesentliche Infrastruktur des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind. ARD, ZDF und Deutschlandradio erreichen nach wie vor nahezu alle Menschen im Land, und zwei Drittel der Deutschen sind Stammpublikum zumindest eines öffentlich-rechtlichen Angebots in TV, Radio oder Audio- und Mediatheken. Unter den Menschen, die gesellschaftlich stärker eingebunden sind – in Hinblick auf das eigene Zugehörigkeitsgefühl genauso wie das eigene gesellschaftliche Engagement – gehört ein größerer Anteil zum Stammpublikum öffentlich-rechtlicher Medien als unter den eher schwächer Eingebundenen. Daraus lässt sich nicht der direkte Schluss ziehen, die Nutzung öffentlich-rechtlicher Medien führe zu stärkerem Eingebundensein oder Engagement. Aber es ist zumindest der Hinweis auf einen Zusammenhang zwischen verschiedenen Varianten der öffentlichen Anbindung, also der verschiedenen Arten und Weisen, wie Menschen sich zueinander und der Gesellschaft zugehörig fühlen. Denn Medien generell und öffentlich-rechtliche Medien im Speziellen sind der wesentliche Vermittler zwischen dem Einzelnen und der Welt jenseits des alltäglich erfahrenen Umfelds.

Hohe Anforderungen an synchronisierende Leistungen, Repräsentanz gesellschaftlicher Gruppen und Dialog

Die Menschen in Deutschland schätzen den Beitrag öffentlich-rechtlicher Medien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt im Vergleich verschiedener Institutionen hoch ein. Sie haben zugleich hohe Erwartungen an die zusammenhaltsrelevanten Leistungen von ARD, ZDF und Deutschlandradio, also an die Synchronisierung geteilten Wissens und Erlebens, an die Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen und Anliegen sowie an die Förderung von Dialog und Verständigung. Die Einschätzung, dass öffentlich-rechtliche Medien entspre-

chende Leistungen auch erbringen, sind, wie bei solchen Vergleichen üblich, etwas schwächer ausgeprägt als die Erwartungen. Dennoch nehmen in vielen Bereichen deutlich mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland diese Leistungen als erfüllt wahr. Eher wenig überraschend ist, dass die Leistungswahrnehmung bei eher öffentlich-rechtlich-fernem Publikum streckenweise deutlich niedriger ausfällt als beim Stammpublikum. Die Ursache-Wirkungs-Beziehung bleibt aber unbestimmt, denn ob eher öffentlich-rechtlich-Ferne die Angebote nicht nutzen, weil ihre Erwartungen nicht erfüllt werden, oder ob sie die erbrachten Leistungen mangels Kenntnis nicht einschätzen können, lässt sich mit der vorliegenden Studie nicht klären.

Alter und Wohnort mit starkem Einfluss auf Wahrnehmung und Bewertung der Leistungen

Bemerkenswert erscheint, dass Jugendliche und junge Erwachsene viele Leistungen der öffentlich-rechtlichen Medien besser bewerten als es die Gesamtbevölkerung im Durchschnitt tut. Bei den 35- bis 49-Jährigen finden sich dagegen im Vergleich zu den jüngeren und älteren Altersgruppen tendenziell eher schwächer ausgeprägte Erwartungen und Leistungswahrnehmungen, aber auch größere Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand der Demokratie und geringer ausgeprägtes Zugehörigkeits- und Zusammenhaltserleben im sozialen Umfeld. Zwischen West- und Ostdeutschland liegen die Anteile des Stammpublikums öffentlich-rechtlicher Medien zwar ähnlich hoch, aber bei den Erwartungen und stärker noch bei den Leistungswahrnehmungen fällt die Zustimmung unter Menschen in Ostdeutschland kleiner aus (auch wenn die Differenzen deutlich geringer sind als etwa zwischen Personen mit unterschiedlichen formalen Bildungsgraden). Zudem finden sich unter Menschen, die in Ostdeutschland leben, auch mehr Personen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt als gefährdet ansehen und mit dem aktuellen Zustand der Demokratie unzufrieden sind.

Insgesamt wird ö.-r. Beitrag zum Zusammenhalt als hoch bewertet

Alles in allem nehmen die Menschen in Deutschland die zusammenhaltsbezogenen Leistungen von ARD, ZDF und Deutschlandradio insbesondere in Hinblick auf die Synchronisierung geteilter Kenntnisse, Wissen und Erfahrungen sowie die Repräsentation unterschiedlicher Perspektiven und Lebensweisen wahr. Bei dialogbezogenen Leistungen fallen die Ergebnisse tendenziell etwas niedriger aus, was auf ein wichtiges Handlungsfeld hinweist: Öffentlich-rechtliche Medien könnten sich noch stärker als Infrastruktur gesellschaftlicher Verständigungsprozesse verstehen – also Menschen mit unterschiedlichen Sichtweisen miteinander ins Gespräch bringen und so gesellschaftliche Gräben überwinden helfen. Dies schließt auch mit ein, selbst ansprechbar und dialogbereit für das eigene Publikum zu sein. Bestehende Angebote könnten stärker bekannt gemacht und gegebenenfalls auch ausgebaut werden. In diesem Zuge lohnt es sich auch, das junge Publikum besonders in den Blick zu nehmen. Dessen Mediennutzung ist deutlich stärker von digitalen Angeboten geprägt, die – wie einleitend beschrieben – den Wandel gesellschaftlicher Öffentlichkeit vorantreiben. Es ist aber auch eine Altersgruppe, die sich stärker als der Bevölkerungsdurchschnitt gesellschaftlich einbringt und engagiert. Für die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien und des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird es unverzichtbar sein, die heutigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch an gesellschaftlichen Verständigungsprozessen mit und über öffentlich-rechtliche Medien zu beteiligen. Dass sie deren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt positiv beurteilen, stellt eine gute Grundlage dar.